

Beschluss des Landrats vom 12.12.2018

Nr. 2404

12. Bund erklärt zwei E-Voting-Verfahren für sicher 2016/176; Protokoll: ble, mko

Kommissionspräsident **Andreas Dürr** (FDP) berichtet, in der Vorlage des Regierungsrates werde sehr ausführlich beschrieben, welche technischen Voraussetzungen für ein E-Voting nötig wären. Die Sicherheitskommission war sich relativ rasch darüber einig, dass gemäss kantonaler Digitalisierungsstrategie in erster Linie sicherzustellen sei, dass die Verwaltung digitaltechnische Fortschritte macht. Die Wirtschaft und Bevölkerung sollen möglichst rasch einen elektronischen Zugriff auf die Leistungen der kantonalen Verwaltung haben. Damit verbunden wäre primär ein Effizienzgewinn für die Kundinnen und Kunden des Kantons. Damit ist zwar das Thema E-Voting keineswegs ausser Traktandum gefallen, aber es steht in der eingeschlagenen Schrittrichtung nicht zuvorderst. Es ist auch sehr aufwändig. Auch auf Bundesebene wird die Sicherheit des E-Votings immer wieder diskutiert. Und die Regierung konnte der Kommission sehr glaubhaft darlegen, dass das E-Voting nicht erste Priorität hat, dass es technisch noch lange gehen wird und somit nicht zuoberst auf der Traktandenliste steht. Die Kommission nahm dies zustimmend zur Kenntnis und hat mit 10:2 Stimmen ohne Enthaltung der Abschreibung des Postulats zugestimmt.

– *Eintretensdebatte*

Michel Degen (SVP) meint, die Digitalisierung in der Gesellschaft schreite zurzeit rasch voran. Für die kantonale Verwaltung stehen in ihrer Digitalisierungsstrategie momentan verschiedenste Projekte an. Ein E-Voting ist ebenfalls auf der Pendenzenliste, hat aber zum jetzigen Zeitpunkt keine Priorität, da zurzeit wichtigere Digitalisierungsprojekte anstehen. Wollte man jetzt ein E-Voting einführen, bräuchte es mindestens zwei Jahre Vorbereitung, und es entstünden Kosten von ca. CHF 5 Mio. Diese Kosten stehen im klaren Missverhältnis zum Nutzen. Das E-Voting-System in Genf wurde von Hackern auf die Probe gestellt, und das angeblich sichere System wurde in kurzer Zeit gehackt. Wie man neusten Informationen entnehmen konnte, wird dieses System nicht mehr weitergeführt werden. Somit steht mit der Post nur noch ein Anbieter zur Verfügung, was auch dieses System potential gefährdeter macht. Früher oder später wird E-Voting kommen, wenn die Zeit reif und das System ausgereift und sicher ist. Die SVP-Fraktion wird im Sinne des Kommissionsberichtes das Postulat abschreiben.

Auch die SP-Fraktion ist für Abschreibung, meint **Andreas Bammatter** (SP), und regt gleichzeitig an, im Bereich E-Voting die Energie zu bündeln angesichts der Tatsache, dass die Digitalisierung ein wichtiger Teil des Lebens geworden sei. Man muss mit der Entwicklung Schritt halten, sonst müssen am Ende noch Meldeläufer entsandt werden.

Gemäss **Rolf Blatter** (FDP) wurden die Argumente durch den Kommissionspräsidenten korrekt dargelegt. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) und seine Fraktion sind gegen eine Abschreibung. Jedes Stimmsystem habe seine Schwächen und ist angreifbar. Abschreiben bedeutet einen Stillstand in der Entwicklung. Die Partizipation der Bevölkerung ist sehr wichtig, das haben die politischen Entwicklungen der Vergangenheit gezeigt. Möglichst alle Bevölkerungsteile sollen am demokratischen Prozess teilhaben können. In allen gesellschaftlichen Prozessen ist heute der elektronische Weg einer, der sehr an Bedeutung gewonnen hat. Und lediglich mit dem zentralen Aspekt der Demokratie bringt man dies nicht zustande. Im letzten Sommer hatte der Redner die Gelegenheit, in Litauen zu erle-

ben, wie es funktioniert und was es in den Köpfen auslöst, wenn man jederzeit die Möglichkeit hat, entsprechend abzustimmen.

Man macht sich etwas vor, wenn man glaubt, das heutige System sei sicher. Es ist nicht der Fall. Nicht am absoluten Massstab muss man ein zukünftiges System messen, sondern am heutigen System. Die Methode der Briefwahl erfüllt keinesfalls alle Sicherheitskriterien. Die Manipulationsmöglichkeiten sind relativ gross. Heutige Risikominimierung ist, dass der Prozess in relativ vielen Wahlkreisen respektive auf Gemeindeebene abläuft und es daher nicht so ins Gewicht fällt, wenn in einer Gemeinde etwas passiert. Aber auch mit E-Voting ist diese Risikominimierung möglich. Für einen einfachen Einbruch in eine Gemeindeverwaltung ist etwa dieselbe kriminelle Energie erforderlich wie für die Überlistung und Manipulation eines Computersystems. Die Kommunikation der Gemeinderesultate auf Bundes- oder Kantonebene läuft heute schon elektronisch und ist dementsprechend nicht weniger oder mehr sicher als andersherum. Wenn die Partizipation der Bevölkerung verbessert werden soll, so ist E-Voting das System der Zukunft. Es gibt heute auch Verfahren, die eine entsprechende Rückverfolgbarkeit ermöglichen. Man ist nicht gut beraten, abseits zu stehen. Daher ist das Postulat stehen zu lassen.

Laut **Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) ist E-Voting sicher eine Abstimmungsart der Zukunft, und im Rahmen der Digitalisierung auch sehr notwendig. Es sei aber manchmal besser, einen Schritt rückwärts anstatt zu schnell einen nach vorne zu machen. In den letzten Wochen haben sich die Negativschlagzeilen zu E-Voting leider gehäuft. Das Genfer System – wie auch andere – hat offenbar Sicherheitslücken, die im Moment nicht geschlossen werden können. Die Infos kommen zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Aktuell sind aber diese Infos für die Politiker und Politikerinnen hilfreich, um keinen übereilten Entscheid zu treffen. Es ist der falsche Zeitpunkt, um die Einführung des E-Voting zu forcieren. Besser wartet man ab, bis sicherheitstechnisch erprobte und hackerresistente Systeme auf dem Markt sind. Die CVP/BDP-Fraktion wird den Vorstoss abschreiben. Man hofft aber trotzdem, dass bald ein System entwickelt wird, welches dem Vertrauen ins E-Voting gerecht wird und eine baldige Einführung ermöglichen kann.

Matthias Häuptli (glp) findet die Einführung des E-Voting nicht nur nicht prioritär, sondern falsch. Es gebe keine sicheren E-Votingsysteme, auch wenn der Bundesrat dies behauptet. Und bei der Sicherheit der E-Votingsysteme geht es nicht nur darum, dass keine Hacker eingreifen können. Vor allem soll das System so funktionieren, dass auch Insider nichts manipulieren können. Das ist bei keinem heutigen E-Votingsystem der Fall. Was bei einer analogen Abstimmung vom Wahlbüro nachverfolgt werden kann, ist beim E-Voting nicht möglich. Heute mag das System viele Fehler zulassen und manipulierbar sein. Aber dass grosse Manipulationen unentdeckt bleiben, ist sehr unwahrscheinlich. Wenn E-Voting eingeführt wird, so vertraut man den Abstimmungsprozess einer Blackbox an, welche niemand durchschaut; das ist falsch, daher abschreiben!

Es wird immer wieder gesagt, E-Voting sei nicht so wichtig, da es sowohl die briefliche Stimmabgabe wie auch die Urnenabstimmung gebe, so **Sara Fritz** (EVP). Es wäre aber vor allem für die Auslandschweizer sehr wichtig und hilfreich, dass sie mittels E-Voting abstimmen könnten. Die Landrätin hat aus der Bevölkerung entsprechende Klagen erhalten. Auslandschweizer/innen erhalten die postalischen Abstimmungsunterlagen nicht selten erst nach der Abstimmung; so etwa in (Teil-) Kontinenten wie Afrika, USA, Südamerika, Asien.

Rolf Richterich (FDP) meint, die Partizipation werde man auch mit diesem System nicht erhöhen können. Das hat man ja schon bei den erfolgten Feldversuchen gesehen. Das Landratskollegium kann die Partizipation aber aktiv bewirtschaften, nämlich so, dass die Leute wirklich zur Urne gehen und nicht einen Groll hegen gegen alles, was «da oben» in Liestal bestimmt wird. Sein Vordredner dürfe sich gerne ein wenig im Laufental umhören betreffend Meinung zur Baselbieter Politik

und Partizipation. Ein E-Voting hätte da gar keinen Einfluss. Nicht weil es die Laufentaler nicht begreifen, sondern weil der Groll auf Liestal... Also Internetcafés gibt es sicher schon zwei oder drei [*Heiterkeit*].

Nicht das Mittel, sondern die Politik, die Relevanz der Abstimmungen und die im Vorfeld geführten Debatten bestimmen signifikant die Partizipation. Das heutige Mittel ist extrem bewährt. Da kann man nach Litauen oder sonst wohin. Dort kennen sie das Schweizer System nicht, sonst hätten sie wohl dieses genommen. Denn es gibt nirgendwo ein besser nachzuverfolgendes System. Ist man sich nicht sicher, ob das postalische Stimmcouvert ankommt, so geht man am Sonntagmorgen zur Gemeindeverwaltung und wirft den/die Stimmzettel selbst in die Urne. Oder auch, wenn man sich nicht sicher ist, ob der oder die Gemeindeangestellte das Couvert nicht Richtung Urne weiterleitet. Alles, was heute mit E-Voting gemacht wird, ist nicht nachvollziehbar. Beim E-Banking ist es anders. Dort sieht man, was man gemacht hat und das Resultat davon. Es ist ablesbar, um wieviel sich der Kontostand erhöht oder gesenkt hat. Beim E-Voting sieht man das Resultat nicht, weil es nicht nachvollziehbar ist. Das ist der grosse Knackpunkt.

Das jetzige System ist nicht perfekt. Es gab ja auch schon Fälle, und das ist eigentlich das «Perfekte». Die Fälle von Missbrauch, die vorkommen, werden zu einem guten Teil auch aufgedeckt. Es gab schon in Basel-Stadt und Basel-Landschaft Fälle, in denen Stimmcouverts eingesammelt wurden, und es wurde aufgedeckt. Zuletzt fand man in Moutier heraus, dass sogar Leute gekommen waren, die nicht registriert waren. Abstimmungsbetrügereien fallen auf. Und eine Einflussnahme ist extrem marginal, weil nichts systematisch und im grossen Stil gemacht werden kann, was aber bei der amerikanischen Präsidentenwahl möglich war, indem letztlich Putin den Präsidenten wählte. – Will man hier solche Zustände? E-Voting soll nicht als solches schlecht geredet werden. Aber es braucht den richtigen Zeitpunkt für dessen Einführung. Und man muss nicht bei den ersten sein, sondern es erst dann einführen, wenn man sicher sein kann, dass es funktioniert und dass es auch von der Bevölkerung akzeptiert wird. [*Zustimmendes Klopfen von rechts, einzelnes Klopfen von links.*]

Gemäss **Stefan Degen** (FDP) ist die technische Sicherheit, die allenfalls ein stückweit hergestellt werden kann, nur ein Aspekt. Der Kern der Sache sei das Vertrauen in die institutionelle Demokratie. Solange das Vertrauen in der Bevölkerung nicht gegeben ist und man jede Woche Schlagzeilen darüber liest, dass E-Voting eventuell nicht funktioniert, solange fehlt auch das Vertrauen der Bevölkerung ins E-Voting. Und solange darf dies nicht umgesetzt werden. Es gibt auch keine Hinweise für eine höhere Beteiligung bei E-Votings. Die FDP ist für Abschreibung und vorerst dafür, dass nicht umgesetzt wird. Wird es später zu einer guten Sache, kann man es immer noch diskutieren. Dass man einem kleinen Teil der Bevölkerung, wie Auslandschweizern und Behinderten, den Zugang erteilen kann, ist eine andere Sache, über die man sicher sprechen kann.

Marc Schinzel (FDP) unterstützt das Votum seines Vorgängers. Partizipation sei sehr wichtig, tatsächlich. Das schlimmste ist aber, wenn man das Vertrauen der Bevölkerung verliert, weil man unsichere Systeme hat, entgegnet er Klaus Kirchmayr. Dann wird die Partizipation mit Sicherheit sinken. Der Redner war seinerseits im Sommer in China und konnte eins zu eins erleben, was mit Systemen passiert, wenn man manipulieren will; «kontrollieren» heisst es dann. Es fragt sich einfach, welche Leute kontrollieren. Zurzeit gibt es in der Tat kein sicheres System, und die Praxis hat dies bereits mehrfach gezeigt. Je nachdem wie die Entwicklung läuft, wird man schauen müssen. Sicher soll jetzt im Kanton BL nichts forciert werden. Damit würde man das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit des Abstimmungsverfahrens verlieren. Daher abschreiben!

Linard Candreia (SP) möchte etwas berichtigen. Er ist nicht einverstanden mit der von Rolf Richter aufgemachten Klammer, wonach das Laufental gegenüber Liestal und Baselland einen Groll

hege. Es gibt dazu keine Umfragen. Allenfalls könnte man die Haltung als kritisch-konstruktiv bezeichnen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) gibt Marc Schinzel und Stefan Degen Recht: Vertrauen in ein Wahlsystem ist ein hohes Gut. Das sollte man nicht verspielen. Auf der anderen Seite ist der Votant erstaunt über die geballte Informatikkompetenz, die von Juristen und Ökonomen hier in Form von Sicherheitsbeurteilungen zur Schau gestellt wird. Es scheint ihm, dass dabei eine gehörige Portion Technologieangst zum Ausdruck kommt. Dies stimmt ihn etwas bedenklich, denn die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung befindet sich in diesem Bereich auf der Überholspur. Entsprechend würde das Thema etwas mehr an Offenheit und eine ernsthaftere und kompetentere Auseinandersetzung vertragen. Aus Sicht des Votanten wird ein Fehler begangen, wenn man bei einer solchen Technologie selber nicht vorne mit dabei ist, sondern nur auf dem Zuschauerbänkchen sitzen bleibt und sich denkt, dass irgendwann schon mal ein sicheres System da ist. Wenn man etwas, das man selber nicht versteht, nur einkauft, findet man später meistens raus, dass es nicht sicher ist. Deshalb wäre der richtige Weg, dranzubleiben und mit Pilotversuchen sich intern die Expertise zu verschaffen. Nur so ist es möglich, in diesem wichtigen Bereich Vertrauen zu erwirtschaften. Es redet niemand von flächendeckender sofortiger Einführung. Kompetenzaufbau und Weiterarbeiten müssen jedoch sein, weil man sonst droht, abgehängt zu werden.

Nachdem **Hanspeter Weibel** (SVP) erfahren hat, wo die geballte Informatikkompetenz wirklich zu Hause ist, möchte er sich noch mit der bereits erwähnten Frage der Einbrüche in Gemeindebauten äussern. Der Schaden, der allenfalls im Einzelfall dadurch angerichtet werden kann, ist absolut überschaubar. Der Einbruch in ein Informatiksystem hat eine ganz andere Dimension und offenbart hier auch die Kompetenzfrage. E-Voting ist eine Sache, die der Bund an die Hand nehmen muss. Es kann nicht sein, dass es am Schluss in der Schweiz 26 verschiedene Arten des E-Voting mit unterschiedlichen Levels und Sicherheitssystemen gibt. Es ist bekannt, dass auf Bundesebene entsprechende Projekte im Gang sind. Weshalb soll nun Zeit, Energie und Geld für etwas aufgewendet werden, das ohnehin übergeordnet realisiert werden soll? Der Vorstoss lässt sich getrost abschreiben.

Andrea Heger (EVP) verwundert etwas die Länge und Ausführlichkeit der Diskussion über das Für und Wider. Es handelt sich nur um ein Postulat. Es geht nicht um eine Einführung, sondern darum, wie zufrieden man mit der Beantwortung ist. Möchte man das Thema weiterziehen, müsste jemand daraus einen neuen Vorstoss machen. Es ist deshalb nicht nötig, nochmals eine halbe Stunde weiter zu diskutieren, was für und was gegen E-Voting spricht.

Es braucht niemand Angst zu haben, so **Rolf Blatter** (FDP), dass das Thema aus Rang und Traktanden fliegt. Es ist und bleibt auf der Liste der Geschäfte, die die Verwaltung beschäftigen. Zum Thema Partizipation hingegen gibt es doch noch etwas hinzuzufügen. Je nach Abstimmungsthema variiert die Beteiligung stark – und zwar bei ein und demselben Abstimmungsmechanismus. Es scheint ein Irrglaube zu sein, dass nur mit einem anderen Mechanismus der Stimmabgabe unzählige zusätzliche Personen in den demokratischen Prozess eingebunden würden. Hand aufs Herz: Der Aufwand für den Stimmbürger, von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen, beschränkt sich nicht darauf, auf einen Zettel ein Ja oder ein Nein zu schreiben oder auf einem Tablet rumzudrücken. Der Aufwand fängt weit vorher mit der Meinungsbildung an. Man muss das Abstimmungsbüchlein lesen, man tauscht sich mit anderen aus, liest Zeitung etc. Dann folgt die Stimmabgabe. Mit welchem Mechanismus diese geschieht ist sekundär. Langfristig wird es wohl in die E-Richtung gehen. Vielleicht wird es sogar dereinst der einzige Weg sein. Man kommt aber auch weiterhin gut über die Runde, wenn bis dahin das eine oder andere Jahr verstreicht. Die FDP-Fraktion wird abschreiben.

Matthias Häuptli (glp) findet, dass man nicht darüber zu diskutieren braucht, ob Juristen oder Ökonomen die besseren Informatikkenntnisse haben. Am Schluss geht es nämlich nur um eine Frage: Wie kann der Stimmbürger oder der Laie in einem Wahlbüro nachvollziehen, dass die Stimmen eines E-Voting-Systems richtig gezählt werden?

Markus Dudler (CVP) vergleicht das E-Voting gerne mit dem E-Banking. Es hat denselben Sicherheitsanspruch. Wenn man bedenkt, wie viele Milliarden Franken die Banken in Systeme der Authentifizierung investieren und wie viele davon schon eingeführt worden sind und sich ständig verändern – dann ist es blauäugig zu glauben, der Staat könne mit ein paar Millionchen eine sichere Lösung hinkriegen.

Eigentlich ist der Votant sehr technikaffin und war in der Vergangenheit Feuer und Flamme für neue Technologien. Man muss aber bedenken, dass mit jenem Medium, das einen mit Fake News und alternativen Fakten bombardiert, abgestimmt werden soll. Das stimmt ihn skeptisch. Alleine die physische Distanz zum Wahlzettel, die im Vergleich zum Computer, Facebook und Twitter gering ist, ist nicht als schlecht zu beurteilen. Manchmal tun ein gewisser Widerstand und ein längerer Weg in Form von Papier und Post ganz gut.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 67:9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat 2016/176 abgeschrieben.
